



**Erfolgreiche
Frühjahrsoffensive**
Seite 3

Inhalt

Seite 2

Meldungen

Seite 3

Erfolgreiche Frühjahrsoffensive

Seiten 4-5

„An alle ‚unangepassten‘ Frauen und Männer“

Seiten 6-7

Meldungen

Seiten 8-11

Dossier: Eine andere Politik ist möglich: Verteidigen wir unsere Alternativen!

Seite 12

Meldungen

Seite 13

Betrügerische „Stuhlvermietung“ in der Friseurbranche

Seiten 14-15

Werden feste Arbeitsplätze durch Studentenjobs verdrängt?

Seite 16

Meldungen

Impressum

Anschrift der Redaktion:

CSC Info

Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

087/85 99 59

pressediensst@acv-csc.be

Redaktion:

Jessica Halmes

Claudine Legros

Liliane Louges

Angela Mertes

Jochen Mettlen

Mike Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druckerei:

Snel Grafics, Vottem

Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Kommentar

Die Regierung muss den zornigen Aufschrei der Arbeitnehmer hören

Die jüngsten Äußerungen von Jan Jambon und Bart De Wever zeugen von einem tiefen Unverständnis für die Realität derjenigen, die dieses Land am Laufen halten. Den Frauen zu sagen, sie müssten „einfach mehr arbeiten“, um die Folgen einer ungerechten Reform auszugleichen, ist nicht nur herablassend, sondern ignoriert jahrzehntelange Erkenntnisse über unterbrochene Erwerbsbiografien, notgedrungene Teilzeitarbeit und die Überlastung durch Pflegearbeit. Und wenn man behauptet, der Streik „beeindrucke nicht“, dann vergisst man, dass die Arbeitnehmer die Arbeit nur niederlegen, wenn sie nicht mehr gehört werden.

Seit Beginn der Legislaturperiode vertreten wir klare Forderungen: eine gerechte Rentenreform, die beruflichen ‚Verschleiß‘ anerkennt, die systemrelevante Berufe aufwertet und die endlich die anhaltende Ungleichheit in den weiblichen Erwerbsbiografien berücksichtigt. Wir fordern auch eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens der Haushalte. Der Anstieg der Energiepreise, der die Bevölkerung hart trifft, macht diese Forderung noch dringlicher. Seit Beginn verlangen wir einen echten sozialen Dialog und keinen Scheinprozess, bei dem Entscheidungen von oben herab getroffen und Arbeitnehmerorganisationen schlecht gemacht werden, sobald sie es wagen, Einwände zu erheben.

Eine Regierung soll die arbeitende Bevölkerung nicht bevormunden oder ihr Schuldgefühle einreden. Ihre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass jeder seine Karriere würdevoll, bei guter Gesundheit und mit einer angemessenen Rente beenden kann. Wenn die politischen Verantwortlichen weiterhin diese Realitäten ignorieren, dürfen sie sich nicht wundern, dass die Mobilisierung anhält. Ein Streik oder eine Demonstration mit 100.000 Teilnehmern ist keine Laune: Es ist ein wütender Aufschrei, damit sich die Situation endlich ändert!

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Erfolgreiche Frühjahrsoffensive

Mehr als 100.000 Menschen zogen erneut durch die Brüsseler Straßen, um Nein zu den unsozialen Maßnahmen der Arizona-Regierung zu sagen. Die Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften war ein großer Erfolg.

Indexsprung, aufgezwungene Flexibilisierungen, prekäre Statuten, Streichung von Prämien,... Es mangelte nicht an Gründen, um am 12. März an der nationalen Kundgebung teilzunehmen. Das Datum war kein Zufall, denn an diesem Tag sollte das föderale Parlament in einer Plenarsitzung über das von Minister Jan Jambon (N-VA) entworfene Rentengesetz abstimmen. Diese Maßnahmen in Bezug auf Pension und Laufbahnende schüren große Angst und viel Wut bei Demonstrierenden wie Muriel, die in der Küche eines Krankenhauses in Wallonisch-Brabant arbeitet: „*Ich habe eine körperlich sehr anstrengende Arbeit. Ich will vorzeitig in Rente gehen, aber ich werde einen Malus von mindestens 2 % haben. Das ist inakzeptabel, denn ich bin eine alleinerziehende Mutter, wie so viele andere Frauen auch, und ich kann mir nicht vorstellen, bis zum Ende meiner Karriere gesund zu bleiben. Ich habe bereits auf eine 4/5-Stelle reduziert und verliere dadurch Geld. Mit 57 bin ich nicht alt, sondern ausgelaugt.*“

„*Man muss die Älteren respektieren*“, sagt Arnaud (30), Arbeiter in einem Betrieb in Battice. „*Man kann das Rentenalter nicht immer weiter hinausschieben. Es gibt eine körperliche Grenze. Es fehlt an Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Man muss das Thema Rente viel stärker im Einzelfall betrachten, statt pauschal ein Rentenalter von 67 Jahren*

festzulegen. Das Leben ist nicht so einfach.“

Auch der diskriminierende Charakter bestimmter Arizona-Maßnahmen gegenüber Frauen fand bei den Beschäftigten Resonanz. Melanie, 33, Beschäftigte im Bewachungssektor, berichtet: „*Durch die Neudefinition der Berufsjahre auf 156 Arbeitstage werden viele Teilzeitbeschäftigte – eine Gruppe, die überwiegend aus Frauen besteht – nicht mehr genügend Jahre vorweisen können. Sie werden drei, vier, fünf Jahre länger arbeiten müssen...*“

„*Ich hoffe, dass die Regierung bei einigen Punkten zurückrudert*“, sagt Rudy, Gewerkschaftsdelegierter bei Touring. „*Vielleicht ist ihr nicht bewusst, dass heute die gesamte Bevölkerung hier ist. Und nicht hier zu sein bedeutet nicht, dass viele Arbeitnehmer nicht genauso denken wie wir.*“

Alternativen

Mit diesen ungerechten Maßnahmen will die Regierung Haushaltsmittel einsparen, und zwar fast ausschließlich auf Kosten der Arbeitnehmer. Aber es gibt Alternativen: eine ernsthafte und faire Besteuerung von Vermögen, eine Steuer auf die digitalen Aktivitäten der Tech-Giganten oder auch eine gründliche und transparente Prüfung der Milliarden an Unternehmenssubventionen.

In Kürze werden die Gewerkschaften ihre alternativen Vorschläge für den föderalen Haushalt vorstellen. Die wichtigsten Elemente finden Sie im Dossier dieser Zeitung, nachzulesen auf den Seiten 8 bis 11.



Auch viele Ostbelgier haben in Brüssel gegen die unsozialen Maßnahmen der Arizona-Regierung demonstriert.

„An alle ,unangepassten‘ Frauen und Männer“

An der nationalen Kundgebung am 12. März in Brüssel haben mehr als 100.000 Menschen teilgenommen. Das ist der beste Beweis dafür, dass die Maßnahmen der Arizona-Regierung sehr viele Leute empören: nicht nur ausgeschlossene Arbeitslose und die am stärksten Prekarisierten, sondern auch junge Menschen, Frauen, Arbeitnehmer und Rentner.

Tatsächlich benachteiligen diese Maßnahmen die große Mehrheit und verschonen die Privilegierten: jene, die im Leben am meisten Glück hatten, jene mit einem „normalen“ Lebensweg ohne Hindernisse, jene, die die Chance hatten bzw. haben, Vollzeit in Berufen zu arbeiten, die nicht auslaugen oder krank machen, jene, die keinen Schicksalsschlag erlitten haben, die nicht krank und keine Migranten sind usw.

Die Slogans, die auf den Schildern zu sehen waren, sprechen Bände über die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger: „Arizona, wir wollen mehr Soziales, weniger Kapital“, „Schützt die Arbeitnehmer so, wie ihr die Reichen schützt“, „Finger weg von der sozialen Sicherheit“, „Arbeitslosigkeit ist keine Wahl“, „Finger weg von unseren Rechten“, „Schützt die öffentlichen Dienste“, „Lasst die Betrüger zahlen, nicht die Beamten. Kämpfen wir gegen Steuerbetrug“... Auch die Jugendlichen sind wütend, insbesondere weil

die Einschreibegebühren für ein Studium an Universität oder Hochschule auf fast 1.200 Euro angehoben wurden.

Auf der Bühne empörte sich CSC-Präsidentin Ann Vermorgen über die Äußerungen von Jan Jambon: „*Habt ihr den Pensionsminister gehört? Für ihn müssen sich die Frauen einfach nur ‚anpassen‘. Mehr arbeiten! Denn laut ihm arbeiten Frauen noch nicht genug – selbst mit unseren doppelten Arbeitstagen zu Hause! An alle heute anwesenden ‚unangepassten Frauen‘ und ‚unangepassten Männer‘: Danke, dass ihr erneut zeigt, dass ihr mit den Plänen der Arizona-Regierung nicht einverstanden seid! Danke, dass ihr eurer Stimme weiterhin Gehör verschafft!*“

„*Die Menschen haben genug von dieser Regierung. Sie baut unseren Sozialschutz ab. Und das ist kein Slogan, sondern Realität. Unsere Rechte werden angegriffen. Unsere Sicher-*





heiten. Unsere Gesundheit. Unser Leben. Bald werden diese unsozialen Vorschläge im Parlament diskutiert. Deshalb sind wir hier: um die politische Welt zu warnen. Denn diese Pläne sind unerträglich.“

Und sie erinnert an einige dieser inakzeptablen Maßnahmen: die Flexibilisierung der Arbeit (u.a. Nachtarbeit, freiwillige Überstunden, Öffnung der Geschäfte am Sonntag und bis 21 Uhr), die Rentenreform, der Ausschluss vom Arbeitslosengeld – insbesondere von bestimmten Gruppen (pflegende Angehörige, Beschäftigte in kommunalen LBA-Strukturen und ältere Menschen, die nie wieder eine Arbeit finden werden), der partielle Indexsprung...

Nachdem die CSC-Präsidentin an die Erfolge erinnert hat, welche die Gewerkschaft in den letzten Monaten errungen hat, ruft sie alle auf, den gemeinsamen Kampf

fortzusetzen: „Für die Frauen und die Männer und für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Für die Kaufkraft und eine gerechte Besteuerung. Für gute öffentliche Dienste. Für eine anständige Pension. Für einen anderen Weg: den Weg zu Wohlstand und Wohlergehen für alle.“

Und sie verspricht, dass „wir weiter dafür kämpfen werden: auf der Straße und vor Gericht“.



Indexierte Löhne PK 109 + 215

Im Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe (PK 109 und PK 215) steigen die Löhne infolge einer Indexanpassung zum 1. April 2026 um 1,43 %.

Umfrage Arbeitslose

Wie erleben Menschen, die vom Arbeitslosengeld ausgeschlossen wurden, ihre Situation und welche Zukunftsperspektiven entwickeln sie? Diesen Fragen möchte die CSC nachgehen und führt in Zusammenarbeit mit der Universität Leuven (KUL) eine Umfrage unter den Ausgeschlossenen durch. Sie soll auch daran erinnern, dass die von der Arbeitslosenunterstützung Ausgeschlossenen nicht nur Zahlen sind, sondern Menschen, und will ihnen eine Stimme geben. Die CSC lädt alle derzeit Arbeitslosen ein, über den nebenstehenden QR-Code an dieser Umfrage teilzunehmen.



IGB verurteilt Bombardierungen

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert einen sofortigen Waffenstillstand und die Wiederaufnahme der Friedensgespräche im Nahen Osten. Für Luc Triangle, IGB-Generalsekretär, gilt: „Das Völkerrecht muss respektiert werden. Krieg dient niemals den Interessen der Arbeitnehmer. Beschäftigte wollen Frieden, Demokratie und menschenwürdige Arbeit - keine unaufhörlichen Bombardierungen und Vergeltungsangriffe.“



Indexsprung: Es steht außer Frage, dass Arbeitnehmer doppelt zur Kasse gebeten werden

Die Gewerkschaften CSC, FGTB und CGSLB bekräftigten erneut, dass sie die von der Föderalregierung beschlossene Einführung eines teilweisen Indexsprungs entschieden ablehnen. Indem diese Maßnahme die Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen begrenzt, schränkt sie das verfügbare Einkommen vieler Arbeitnehmer und Rentner direkt ein. Angesichts steigender Energiekosten ist dies ein äußerst negatives Signal an alle Haushalte.

Die Arbeitgeber ziehen einen direkten Vorteil aus dieser Begrenzung. Es ist daher nur legitim, dass ein Teil dieses Gewinns über das, was die Regierung als „Lohnmäßigungsbeitrag“ bezeichnet, wieder in die soziale Sicherheit zurückfließt. Da der öffentlichen Hand durch einen (selbst teilweisen) Indexsprung Steuereinnahmen und Sozialabgaben verloren gehen, würde eine Infragestellung dieses Beitrags, wie sie von einigen Arbeitgeberverbänden gefordert wird, die Finanzierung unserer sozialen Sicherheit langfristig schwächen.

Die Gewerkschaften betonen: Eine Befreiung der Arbeitgeber von diesem Beitrag würde zu inakzeptab-

len Einnahmeausfällen für die soziale Sicherheit führen, was letztlich einen Verlust für die Beschäftigten selbst bedeuten würde, sei es bei den Sozialleistungen, den Renten oder der Gesundheitsversorgung. Wenn von den Arbeitgebern kein Lohnmäßigungsbeitrag verlangt wird, droht der teilweise Indexsprung erneut zu einem Geschenk zu werden, das die Arbeitgeber einfach in die eigene Tasche stecken können.

Die CSC, FGTB und CGSLB fordern die Regierung daher auf, dem Druck der Arbeitgeber nicht nachzugeben. Seit Beginn der Legislaturperiode hat die Regierung erklärt, sie wolle die „Arbeit aufwerten“. Dies setzt insbesondere eine Lohnerhöhung voraus, aber auch den Erhalt einer starken und solidarischen sozialen Sicherheit.

Schließlich erinnern die Gewerkschaften daran, dass die Regierung die Sozialpartner beauftragt hat, bis Ende 2026 an einer Reform der Lohnnorm und der automatischen Lohnindexierung zu arbeiten. Es ist daher nicht Sache der Regierung, der Überarbeitung von Mechanismen vorzugreifen, die in erster Linie in den Bereich des sozialen Dialogs fallen.

Arbeitgeber-Forderung verstärkt soziale Ungerechtigkeit

Der flämische Unternehmerverband VOKA hat jüngst einen weiteren Indexsprung gefordert. Für die Gewerkschaften ein No-Go. „Während die Bürger aufgrund der Arizona-Maßnahmen bereits Opfer bringen müssen, fordern die Arbeitgeber einen weiteren Indexsprung, der die soziale Ungerechtigkeit verstärken würde. Der Index hat zweifelsohne seine Nützlichkeit als Stabilitätsfaktor während der verschiedenen Krisen gezeigt. Sogar die Nationalbank musste das zugeben. Das ist der Beweis dafür, dass guter Sozialschutz unerlässlich ist“, sagt CSC-Generalsekretärin Marie-Hélène Ska. „Die aktuelle Situation zeigt erneut, dass die beste Entscheidung, die die Regierung in dieser Phase treffen kann, darin besteht, die geplanten Maßnahmen nicht umzusetzen.“



„Die Nationalbank schließt sich allzu leicht der Argumentation von Arizona an“

Die CSC übt Kritik am Jahresbericht der Belgischen Nationalbank (BNB).

„Generell schließt sich die BNB allzu leicht der Argumentation der Arizona-Regierung an, die sich gegen die Arbeitnehmer richtet“, erklärt Ann Vermorgen, Präsidentin der CSC. „Regulierung wird einseitig als großes Problem angesehen. Nachhaltigkeit hat in der Abwägung nicht genügend Gewicht. Internationale Normen und Abkommen, einschließlich der Menschenrechte, werden nicht berücksichtigt.“

Der Bericht erwähnt die Gefahr einer Überregulierung, doch für Ann Vermorgen stellt die Deregulierung ein potenziell weitaus gravierenderes Problem dar. „Ein nachhaltiger Regulierungsrahmen sowie öffentliche Aufträge mit klaren sozialen Auflagen sind essenziell. Der Übergang zu einer klimaneutralen Industrie muss gerecht gestaltet werden, damit die Beschäftigten nicht auf der Strecke bleiben.“

Die CSC lehnt die radikalen Reformen der Arbeitslosenversicherung, des Krankheitsurlaubs und der zukünftigen Renten ab und ficht sie an, wann immer es notwendig ist. „Der Staatsrat hat offiziell bestätigt, was wir seit Monaten am Verhandlungstisch vertreten. Die Rentenreform ist nichts weniger als ein sozialer Kahlschlag, diskri-

minierend und ohne durchdachte Übergangsmaßnahmen.“

Was den Haushalt betrifft, besteht die CSC darauf, die möglichen Alternativen auf der Einnahmenseite zu prüfen (siehe Dossier Seite 8).



CSC-Präsidentin Ann Vermorgen

© Bart Dewaele

Rentenreform: Der Staatsrat bestätigt unsere Befürchtungen

Seit Langem warnt die CSC vor den Folgen der von der Föderalregierung vorangetriebenen Rentenreform. Am 27. Februar hat der Staatsrat nun eindeutig bestätigt, dass diese Reform zu einem Abbau der Rentenrechte führt.

Der Staatsrat stellt tatsächlich eine Verringerung des Pensionsniveaus fest, die in einigen Fällen mehr als 12 % erreichen kann. Er bestätigt außerdem, dass dieser Rückgang der Rechte für die Beschäftigten im öffentlichen Sektor deutlich stärker ausfällt und dass die Reform nachteiliger für Frauen wäre. Ein höherer Prozentsatz von ihnen arbeitet nämlich in Teilzeit, was es für sie schwieriger macht, die erforderlichen Karrierebedingungen für eine vorzeitige Pension zu erfüllen.

Der Staatsrat erinnert ebenfalls daran, dass die Verpflichtung für Arbeitnehmer, ihre Karriere zu verlängern, um die Verluste auszugleichen, eher einem Abbau von Rechten gleicht als einer echten Verbesserung.

Für die CSC muss eine Rentenreform soziale Gerechtigkeit und den Schutz aller garantieren. Wir werden weiterhin für würdige und faire Pensionen kämpfen.



© Shutterstock

Eine andere Politik ist möglich: Verteidigen wir unsere Alternativen!



Belgiens Haushalt rutscht zunehmend ins Minus. Auch wenn ein ausgeglichener Haushalt wichtig ist, um den Wohlstand von morgen zu sichern, werden die aktuellen Defizite von der Arizona-Regierung als Vorwand genutzt, um ideologisch geprägte Maßnahmen durchzusetzen, die die Arbeitnehmerschaft übermäßig belasten. Die tatsächlichen Blockaden werden hingegen nicht gelöst. Die CSC ist davon überzeugt, dass eine andere Politik möglich ist: Lösungen, die auf einer fairen Verteilung des Wohlstands beruhen und die Interessen der Beschäftigten schützen.

Der belgischen Wirtschaft geht es besser, als allgemein angenommen wird.

Es stimmt: Noch nie waren so viele Menschen erwerbstätig. Doch dieser Anstieg der Beschäftigungsquote verdeckt eine andere Entwicklung: das stagnierende Gesamtvolumen der geleisteten Arbeit und seine Neuverteilung zwischen den Beschäftigten. Die Beschäftigungszuwächse der letzten Jahre beruhen zunehmend auf unfreiwilliger Teilzeit, Studentenjobs und Flexi-Jobs – und weniger auf klassischen Arbeitsverträgen.

Und die Unternehmensgewinne? Sie bleiben hoch, unter anderem dank umfangreicher Subventionen – etwa im Bereich Forschung und Entwicklung –, deren Wirksamkeit nie überprüft wird. Gleichzeitig entwickeln Unternehmen immer mehr Kreativität, um ihre Steuerlast zu minimieren. Das Ergebnis: weniger

Steuerabgaben und damit weniger Einnahmen für den Staat und die Sozialversicherung.

Schließlich folgt die Lohnentwicklung aufgrund der durch das Lohnnormgesetz von 1996 auferlegten Beschränkungen nicht mehr der Produktivitätsentwicklung. Der Lohnanteil an der Wirtschaft sinkt daher kontinuierlich. Dabei ist die Debatte über den sogenannten „Lohnkostenrückstand“ verfälscht. Die tatsächliche Lücke zwischen belgischen Löhnen und denen der Nachbarländer beträgt rund 5%! Die Beschäftigten sehen also weder eine Lohnerhöhung noch eine Verbesserung des Sozialschutzes, die ihrer Produktivität entsprechen würde.

Den Rahmen überprüfen

Für die CSC kann das Haushaltsproblem gelöst werden, wenn man den Mut hat, sämtliche Einnahmen

und Ausgaben zu überprüfen und in einem angemesseneren Rahmen der Haushaltskonsolidierung neu zu betrachten. Der europäische Haushaltsrahmen verpflichtet nämlich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu strikten Regeln in der Finanzpolitik, um zu verhindern, dass einzelne Länder übermäßige Schulden oder Defizite anhäufen, die die gesamte Union gefährden könnten.

In diesem „Rahmen“ muss Belgien sein strukturelles Defizit von $-4,3\%$ des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2024 auf $-2,1\%$ im Jahr 2029 reduzieren. Dadurch sollte das gesamte Defizit (strukturelles plus konjunkturelles Defizit) im Jahr 2029 bei etwa 3% liegen.

Um das zu erreichen, steht Belgien jedoch vor einem erheblichen Hindernis: den Ausgaben für Pensionen und Gesundheitswesen, die in den kommenden Jahren aufgrund der



Belgien weniger flexibel? Weniger als wer?

Das Sommerabkommen	Weniger flexibel?
Generalisierung der Nachtarbeit und Begrenzung der Zulagen in bestimmten Sektoren.	Mehr Nachtarbeit als in den Niederlanden (3,5 % gegen 2,9 %).
Erhöhung der Anzahl Überstunden auf 360/450 Stunden.	Mehr kurzfristige Verträge von weniger als einem Monat als im restlichen EU-Raum (15,6 % gegenüber 6,14 %)
Abschaffung der Drittelzeit für die Mindestarbeitsdauer.	Mehr Teilzeitarbeit als der Durchschnitt der EU.
Abschaffung des verpflichtenden Ruhetags und Aufgabe der festen Öffnungszeiten.	Viel mehr Samstags- und Sonntagsarbeit als in den Niederlanden und in Deutschland.
Werden Null-Stunden-Verträge der Garant für ultimative Flexibilität?	

Alterung der Bevölkerung deutlich steigen werden. Ein Hindernis, das umso schwerer zu überwinden sein wird, als zusätzliche Anstrengungen im Verteidigungsbereich aufgrund der internationalen Spannungen verlangt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung, die Einnahmen weiter zu reduzieren – obwohl diese bereits seit mehreren Jahren rückläufig sind – aus Sicht der CSC eine sehr schlechte Idee...

Ein Problem der Steuerausgaben

Die Zahlen der Nationalbank zeigen, dass die öffentlichen Ausgaben in Belgien – im Vergleich zu den Nachbarländern (Niederlande,

Frankreich, Deutschland) – nicht übermäßig hoch sind: Im Jahr 2024 entsprachen sie 54,1 % des BIP, was dem Durchschnitt dieser Länder entspricht (52,5 % im Jahr 2024).

Belgien hat hingegen deutlich mehr Steuerausgaben, und zwar durch verschiedene steuerliche Vorteile: private Rentenversicherung, Dienstleistungsschecks, keine erhöhten Sozialbeiträge für Flexi-Jobs, fiktive Zinsen, usw. Viele dieser steuerlichen Ausgaben und Subventionen sind zudem ineffizient.

Umgekehrt liegen die Sozialausgaben um 0,3 Prozentpunkte des BIP unter dem Durchschnitt der Nachbarländer. Die höheren Ausgaben Belgiens betreffen hauptsächlich andere Bereiche, wie etwa die all-

gemeinen öffentlichen Dienste und – aufgrund der oben genannten Steuervergünstigungen – die wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Zudem führt die Fokussierung der Debatte auf die Sozialausgaben dazu, dass die öffentlichen Ausgaben zur Unterstützung der Unternehmen ausgeblendet werden, obwohl Belgien in diesem Bereich den europäischen Rekord hält.

Diese Zahlen zeigen, dass sich das Ausgabenprofil Belgiens weniger durch die Sozialausgaben als durch strukturelle Entscheidungen in anderen Politikbereichen sowie durch das Ausmaß der Steuervergünstigungen unterscheidet.

Stetig sinkende Einnahmen!

Mit den geplanten Steuersenkungen, den Kürzungen bei den Sozialbeiträgen sowie der zunehmenden Erosion der Steuer- und Beitragsbasis – verursacht etwa durch Flexi-Jobs und die Ausweitung der Studentenarbeit – werden die vom Kabinett De Wever beschlossenen Maßnahmen zu einem Rückgang der Staatseinnahmen um 11,1 Milliarden führen.

Anders ausgedrückt: Statt gegenzusteuern, will die Regierung eine noch unsozialere Politik verfolgen – mit Maßnahmen, die mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit und den Statuten bringen, weniger sozialen Schutz gewährleisten und den Unternehmen noch mehr Geschenke machen.





Die Alternativen für einen ausgewogenen Haushalt

Die CSC hat sich Gedanken gemacht, welche Wege für eine faire Sanierung des Haushalts in Betracht kommen. Sie stellt hier verschiedene Möglichkeiten vor.

Die CSC hat sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen geprüft – mit Effizienz und Gerechtigkeit als leitenden Prinzipien. Subventionen und Vorteile, die keine Wirkung erzielen, müssen abgeschafft werden. Umgekehrt muss gleiche Arbeit auch gleich beitragen. Verglichen mit einem Budgetsaldo von –41 Milliarden im Jahr 2029 laut Monitoring-Ausschuss (Juni 2025) würden die verschiedenen Maßnahmen – insgesamt 22 Milliarden bis 2029 – nicht nur ermöglichen, das europäische Ausgabenziel zu erreichen, sondern den belgischen Haushalt auch unmittelbar wieder unter die Drei-Prozent-Budgetnorm bringen.

1. Schluss mit unnötigen Subventionen für Unternehmen

Studien der Nationalbank und des Rechnungshofs zeigen: Die Subventionen für die erste Einstellung eines Mitarbeiters (Plan Plus) haben keinen messbaren Effekt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Produktivität oder das Wachstum der Unternehmen. Ihre Abschaffung würde **630 Millionen Euro** einsparen.

Auch einige Innovationsförderungen erweisen sich als wenig wirksam. Laut Planbüro könnten die gleichen Ergebnisse mit einem deutlich kleineren Budget erzielt werden. Das würde bis 2029 Einsparungen von **596 Millionen Euro** ermöglichen.

Die teilweise Rückerstattung der Verbrauchssteuern auf Diesel für Straßentransporteurinnen kommt überwiegend ausländischen Unternehmen zugute und stärkt Belgiens Wettbewerbsfähigkeit nicht. Eine Abschaffung dieser Vergünstigung

würde **619 Millionen Euro** einbringen.

Die geplante Senkung der Lohnobergrenze für Sozialversicherungsbeiträge schafft keine neuen Arbeitsplätze, schwächt jedoch die Sozialversicherung. Die Rücknahme dieser und ähnlicher Kürzungen würde **750 Millionen Euro** sparen.

2. Steuerkonstruktionen beenden

Einkünfte aus Arbeit werden heute nach einer stark progressiven Skala besteuert, während Kapitalerträge – etwa aus Aktien oder Mieteinnahmen – deutlich geringer oder gar nicht besteuert werden. Eine einheitliche Besteuerung sämtlicher Einkünfte könnte laut Schätzungen bis zu **12 Milliarden Euro** einbringen und zu einer ausgewogeneren Belastung beitragen.

Ein zunehmender Anteil der Beschäftigten erhält Vergütungen in Form von Aktienoptionen, die nicht zwingend vom eigenen Arbeitgeber stammen müssen. Würden diese Vorteile wie regulärer Lohn behandelt und mit Sozialversicherungsbeiträgen belegt, könnten **über eine Milliarde Euro** zusätzlich generiert werden.

Der Rückkauf eigener Aktien ermöglicht Unternehmen bestimmte steuerliche Vorteile. Wird diese Praxis eingeschränkt, könnten bis zu **eine Milliarde Euro** zusätzliche Einnahmen entstehen.

Verwaltungsgesellschaften unterliegen einer deutlich geringeren Steuerlast als Arbeitnehmer. Dies begünstigt unter anderem Modelle der Scheinselbstständigkeit; ihre Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren

verdoppelt. Strengere Regeln könnten laut Schätzungen **803,8 Millionen Euro** einbringen.

3. Sicherstellung eines korrekten Status und fairer Beiträge für alle

Derzeit profitieren verschiedene Gruppen von Sonderregelungen, die mit niedrigeren Sozialbeiträgen verbunden sind – beispielsweise Studierende, Selbstständige oder Personen in Flexi-Jobs. Sie schwächen die Finanzierung der Sozialversicherung und erzeugen einen unfairen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Die Abschaffung des reduzierten Beitragssatzes für Studentenjobs würde laut Schätzungen **1,1 Milliarden Euro** an zusätzlichen Einnahmen bringen. Ähnliches gilt für die Flexi-Jobs: Würden hierfür reguläre Sozialversicherungsbeiträge und normale Steuern fällig, könnten **843 Millionen Euro** generiert werden.

Auch bei den Selbstständigen zeigt sich ein Ungleichgewicht. Sie zahlen im Vergleich zu Arbeitnehmern geringere Beiträge, erhalten aber ähnliche soziale Mindestrechte. Derzeit werden nur 54 % der Sozialversicherungskosten für Selbstständige durch deren eigene Beiträge gedeckt – bei Arbeitnehmern liegt dieser Anteil bei 65 %. Eine Anpassung der Beiträge der Selbstständigen an dieses Niveau könnte **1,3 Milliarden Euro** einbringen.

4. Bessere Erhebung und Nutzung der Steuern

Im Jahr 2023 gingen in Belgien **12,3 % der potenziellen Mehrwertsteuereinnahmen** aufgrund fehlerhafter oder unvollständiger Zahlungen verloren. Würde die sogenannte Mehrwertsteuerlücke – also die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlich eingezogenen Einnahmen – auf den europäischen Durchschnitt von **9,5 %** reduziert,



könnten **1,42 Milliarden Euro** zusätzlich eingenommen werden.

Auch ein verstärkter Kampf gegen Steuerbetrug bietet Potenzial: Schätzungen zufolge könnten hier **mindestens 750 Millionen Euro** generiert werden.

Zudem werden staatliche Aufgaben zunehmend an externe Berater ausgelagert. Eine Begrenzung solcher Beratungsleistungen würde mindestens **200 Millionen Euro** an Einsparungen ermöglichen.

5. Gerechtere Besteuerung

Eine gezielte Besteuerung digitaler Aktivitäten – etwa im Bereich E-Commerce und Datenverkehr – könnte **mindestens 310 Millionen Euro** an zusätzlichen Einnahmen generieren.

Auch eine Vermögenssteuer, die auf dem Nettovermögen (also nach Abzug aller Schulden) basiert, hätte erhebliches Potenzial. Schätzungen zufolge könnte sie **mindestens 5 Milliarden Euro** einbringen.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Progressivität des Steuersystems wieder zu stärken. Derzeit trägt das reichste 1 % durchschnittlich 23 % zur Steuerlast bei, während ein durchschnittlicher Bürger 43 % abgibt. Das ist nicht fair.

MASSNAHMEN	Betrag (2029) in Mio. Euro
1. Schluss mit unnötigen Subventionen für Unternehmen	
Erstbeschäftigung (Plan Plus)	630
Innovationshilfe ohne ausreichende Ergebnisse	596,5
Fossile Brennstoffe: keine Hilfe für den Diesel	619
Begrenzung/Annullierung der geplanten Arbeitgeberbeiträge	750
2. Schluss mit wackeligen Steuerkonstruktionen	
Globalisierung der Einkünfte	12.084
Besteuerung von Aktienoptionen	1.025
Begrenzung des Rückkaufs eigener Aktien	1.000
Kein ungerechtfertigter Vorteil für Verwaltungsgesellschaften	803
3. Ein korrekter Status mit korrekten Beiträgen für alle	
Reguläre Beiträge und Rechte für Studentenjobs	1.100
Bei gleichen Beiträgen gleiche Rechte für Selbstständige	1.301
Reguläre Beiträge und Steuern für Flexi-Jobs	843
4. Eine bessere Erhebung und Nutzung bestehender Steuern	
Die Mehrwertsteuerlücke schließen	1.420
Sozialbetrug bekämpfen	750
Externe Beratungsleistungen einschränken	200
5. Gerechte Steuern	
Steuer auf digitale Aktivitäten	310
Vermögenssteuer	5.000
Total	22.011



440 Arbeitsplätze bei H&M Logistics bedroht

H&M Logistics will die Aktivitäten seines Vertriebszentrums in Ghlin einstellen. 440 Arbeitsplätze stehen bei H&M Logistics auf dem Spiel.

Anfang März informierte das Unternehmen die Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat über seine Absicht, die Tätigkeiten des Logistikzentrums in Ghlin bei Mons zu beenden. Dieses Zentrum beliefert die H&M-Geschäfte in Belgien, Deutschland und den Niederlanden. 440 Beschäftigte könnten ihren Arbeitsplatz verlieren. „Alle waren überrascht“, erklärt Bertrand Merlevede, Gewerkschaftssekretär bei der CSC Transcom. „Es hatte keine Anzeichen dafür geben. Seit 2020 waren die Aktivitäten zwar rückläufig, aber von einer Schließung war nie die Rede.“

Der Gewerkschafter fragt sich, warum gerade Belgien für diesen drastischen Schritt ausgewählt wurde und nicht die zwei anderen großen Lager in Südeuropa. „Für die Unternehmensleitung sind wir zwar die Besten, aber zu teuer. Sind die Standorte in Italien und Spanien wirklich billiger? Die wirtschaftlichen und finanziellen



Das Logistikzentrum in Ghlin beliefert die H&M-Filialen in Belgien, Deutschland und den Niederlanden.

Informationen, die wir erhalten werden, müssten uns mehr Klarheit verschaffen.“

Renault-Prozedur

Am 11. März trafen sich Gewerkschaften und Geschäftsleitung, um die praktischen Modalitäten des Renault-Verfahrens zu organisieren und einen Zeitplan festzulegen. Vier Treffen sind geplant. „Im Mittelpunkt

der Verhandlungen steht der Erhalt der Arbeitsplätze. Die Fragen, die wir der Geschäftsleitung stellen werden, werden sich auf diesen Aspekt konzentrieren. Es erwartet uns eine umfangreiche Informations- und Analysearbeit“, erklärt Bertrand Merlevede abschließend.

Erneute Umstrukturierung bei 3M

Der US-amerikanische Chemiekonzern 3M hat eine neue Entlassungswelle angekündigt, die den Standort Diegem (Provinz Flämisch-Brabant) besonders stark trifft: Jeder fünfte Beschäftigte könnte seinen Arbeitsplatz verlieren.

Es handelt sich um eine weitere Umstrukturierung innerhalb weniger Jahre und laut der CSC Bau-Industrie & Energie (CSCBIE) um ein weiteres soziales Blutbad in diesem Standort. „Anstatt ein transparentes Verfahren für eine Massenentlassung einzuleiten, entscheidet sich 3M dafür, die Stellen nach und nach zu streichen. Dadurch bleibt das Unternehmen unter den gesetzlichen Schwellenwerten des Renault-Gesetzes. Die Realität ist jedoch eindeutig: Wenn 20 % der Belegschaft bedroht sind, handelt es sich ganz klar um eine Massenentlassung“, kritisiert die Gewerkschaft. Die CSCBIE fordert sofortige und vollständige Transparenz über das tatsächliche Ausmaß des Personalabbaus in Diegem sowie die Einhaltung der Renault-Prozedur.



© Shutterstock

© Shutterstock

Betrügerische „Stuhlvermietung“ in der Friseurbranche

Die europäischen Sozialpartner der Friseurbranche schlagen Alarm wegen betrügerischer Vermietung von Friseurstühlen. Denn Scheinselbstständigkeit muss vermieden werden.

Der Friseursektor, der zum großen Teil aus Kleinst- und Kleinunternehmen besteht, die in Städten und Einkaufsstraßen angesiedelt sind, stellt einen strategischen Teil der industriellen Basis und der lokalen Dienstleistungen Europas dar. Er hat das Potential, hochwertige Arbeitsplätze, Kompetenzen und Unternehmergeist zu schaffen, die wirklich „Made in Europe“ sind.

Aber in einer arbeitsintensiven Branche, in der die Löhne einen großen Teil der Betriebskosten ausmachen, verzerren falsche Einstufungen den Wettbewerb. Scheinvermietungen von Friseurstühlen, wodurch Arbeitnehmer als Selbstständige eingestuft werden, obwohl sie unter Bedingungen arbeiten, die einer Anstellung ähneln, gehören zu diesen problematischen Methoden. Sie schaden dem fairen Wettbewerb, dem Sozialschutz und den

beruflichen Standards. Sie benachteiligen verantwortungsbewusste Arbeitgeber, die in Ausbildung und menschenwürdige Arbeit investieren, und verringern die Steuer- und Sozialbeiträge, die das europäische Sozialmodell stützen.

Für Coiffure EU und UNI Europa, die europäischen Sozialpartner des Friseursektors, schwächt die Verbreitung solcher Praktiken die Fähigkeit Europas, qualifizierte Arbeitskräfte und ein wettbewerbsfähiges Ökosystem für kleine Unternehmen zu erhalten. Beschäftigungsbasierte Salons sind wichtige Drehscheiben für Ausbildung, Innovation und berufliche Exzellenz. Sie prägen lebendige Einkaufsstraßen, unterstützen lokale Lieferketten und erhalten eine europäische Handwerkstradition, die auf Qualität und Standards beruht.

Aufruf zum Handeln

Vor diesem Hintergrund haben die Sozialpartner eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie gegenüber der Europäischen Kommission ihre große Besorgnis über die rapide Ausbreitung der betrügerischen Vermietung von Friseurstühlen zum Ausdruck bringen.

„Dank des sozialen Dialogs haben die Sozialpartner eine Erklärung unterzeichnet, die ein Aufruf zum Handeln ist“, sagt Luca Baldan, Präsident von UNI Europa für Friseur- und Schönheitssalons und Nationalsekretär der CSC Bau - Industrie & Energie. „Es ist dringend notwendig zu handeln, um unseren Sektor zu schützen.“ Coiffure EU und UNI Europa haben daher die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, gegen Scheinmietverträge im Friseursektor vorzugehen, die Durchsetzung der Arbeits- und Steuergesetze zu verstärken, Ausbildung und Zertifizierungssysteme zu fördern und den sektoralen Sozialdialog in der EU zu intensivieren. Außerdem sollen persönliche Dienstleistungen in eine umfassendere europäische Industriestrategie, die nachhaltige KMU und hochwertige Arbeitsplätze unterstützt, integriert werden.



Der europäische Friseursektor muss gefördert und geschützt werden.

Werden feste Arbeitsplätze durch Studentenjobs verdrängt?

Konkurrieren Studierende wirklich mit regulären Arbeitnehmern? Gefährdet ihre Arbeit Festanstellungen? Zwei Analysen geben nuancierte Antworten auf diese Frage.

Seit dem 1. Januar 2025 dürfen Studierende bis zu 650 Stunden pro Jahr arbeiten, was etwa einem Drittel einer Vollzeitstelle entspricht. Studentenjobs werden häufig als Chance dargestellt: als eine Möglichkeit für junge Menschen, etwas Geld zu verdienen, die Arbeitswelt kennenzulernen und/oder ihr Studium zu finanzieren.

Doch hinter diesem positiven Bild verbirgt sich eine besorgniserregende Realität: Der Studentenjob entwickelt sich zunehmend zu einer strukturellen Prekari-



sierung des Arbeitsmarktes. Immer häufiger ersetzt er traditionelle Beschäftigungsformen und trägt zum Übergang von festen Arbeitsverhältnissen hin zu Studenten-, Zeit- oder Flexi-Jobs bei.

© Bart Dewaele



„Das ist keine Ergänzung mehr, sondern ein Ersatz!“

„Mit der Anhebung des Kontingents auf 650 Stunden pro Jahr hat die Regierung eindeutig beschlossen, der Forderung der Arbeitgeber nach mehr Flexibilität nachzukommen“, erklärt Bernard Dessy, Nationalverantwortlicher der Jung-CSC.

„Eine direkte Folge dieser Maßnahme ist, dass in bestimmten Sektoren wie etwa dem Großhandel Studentenverträge zunehmend feste Arbeitsverträge ersetzen. Junge Menschen werden zu einer billigen, formbaren Arbeitskraft, die abends und am Wochenende verfügbar ist. Sie ergänzen die bestehenden Arbeitsplätze nicht mehr, sie verdrängen sie.

Diese Konkurrenz unter Arbeitskräften führt zu einem Abbau der Rechte und der Arbeitsbedingungen. Sie normalisiert ein ultraflexibles Arbeitsverhältnis ohne sozialen Schutz, ohne Pensionsrechte und ohne Arbeitsplatzsicherheit. Und sie gefährdet die solidarische Finanzierung unserer sozialen Sicherheit.

Junge Menschen dazu drängen, immer mehr zu arbeiten, ist keine gute Idee. Es verschärft soziale Ungleichheiten, denn Studenten aus einkommensschwachen Familien müssen arbeiten, um über die Runden zu kommen – oft auf Kosten ihres Studiums.

Die falsche Antwort

Der Studentenjob wird zunehmend zur falschen Antwort auf eine zentrale Frage: Wie können wir jedem jungen Menschen eine Ausbildung bzw. ein Studium unter guten Bedingungen garantieren?



Die Jung-CSC lehnt es ab, dass Studentenjobs zu einem Instrument der Prekarisierung werden.

Anstatt es den Unternehmen zu überlassen, das Problem der Prekarität von Studenten anzugehen, sollte die Regierung andere Hebel in Bewegung setzen: Studienbörsen, bezahlbare Unterkünfte, zugänglicher öffentlicher Verkehr, günstige Mahlzeiten...

Die aktuelle Entwicklung geht in die entgegengesetzte Richtung dessen, was in der Vergangenheit erreicht wurde,

um Kinderarbeit einen Riegel vorzuschieben.

Die Jung-CSC ist nicht grundsätzlich gegen Studentendarbeit. Aber wir lehnen es ab, dass sie zu einem Instrument der Prekarisierung wird. Wir setzen uns für die Schaffung eines echten Statuts für arbeitende Studenten ein – mit Sozialbeiträgen, die den Zugang zu Arbeitslosengeld, Rente und Urlaub ermöglichen. Wir fordern auch ein Ende der Lohndiskriminierung für unter 21-Jährige: gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Und schließlich wollen wir, dass die Beträge der Studienbörsen angehoben und die Gewährungsbedingungen ausgeweitet werden.

Studentenarbeit darf kein Einstieg in die Prekarität sein. Sie muss geregelt, kontrolliert und in eine umfassende Vision sozialer Gerechtigkeit für junge Menschen eingebunden werden.“

Studentenjobs in Zahlen

13,31 Euro

Studenten verdienen im Schnitt 13,31 Euro/Stunde.

500 Stunden

42,5 % der Jobstudenten arbeiten über 200 Stunden pro Jahr und 12,5 % mehr als 500 Stunden.

363.152

Am 1. Januar 2025 gab es 363.152 Jobstudenten für insgesamt 436.708 Studentenjobs. Das Arbeitsvolumen betrug 24.070.019 bezahlte Stunden.

63 %

Prozentsatz der Studenten, die im Jahr 2024 erwerbstätig waren.

Quellen: Studie 2024-2025 des Labors der soziologischen Analyse der Studentendarbeit; Landesamt für Soziale Sicherheit.



© Shutterstock

Im Gastgewerbe muss die Antwort nuanciert werden

Benjamin Moëst, Verantwortlicher des Horeca-Sektors im Studiendienst der CSC Nahrung & Dienste, erklärt: „Man könnte meinen, dass feste Arbeitskräfte zunehmend durch arbeitende Studenten ersetzt werden. Doch trotz des Booms der Studentenjobs bleibt das Volumen der Festangestellten stabil.“



© Donatienne Coppeters

„Die Zahl der im Gastgewerbe arbeitenden Studenten hat sich in sechs Jahren fast verdoppelt: von 60.000 im Jahr 2018 (18 Millionen Stunden) auf 102.000 im Jahr 2024 (30,7 Millionen Stunden). Ihre durchschnittliche Jahresarbeitszeit stieg von 280 auf über 300 Stunden. Auch die Zahl der Arbeitgeber, die Studenten beschäftigen, ist gestiegen: von 11.500 im Jahr 2018 auf 14.800 im Jahr 2024, hauptsächlich in Restaurants und Fast-Food-Restaurants.

Trotz dieses Wachstums bleibt die Zahl der festen Arbeitskräfte stabil, etwa 120.000 (80.000 Vollzeitäquivalente). In einigen Teilbereichen wie im Catering oder in Ferienzentren sind Studenten hauptsächlich im Sommer präsent. Doch in Fast-Food-Ketten, Bars und Restaurants sind sie mittlerweile ganzjährig Bestandteil des Geschäftsmodells aufgrund ihrer Flexibilität, der geringeren Kosten, aber auch wegen des Mangels an festem Personal.

Arbeitnehmer aus der Notwendigkeit

Eigentlich hätten Arbeitgeber lieber ein festes Kernteam, das durch Studenten, Flexi-Jobber oder Interimarbeitnehmer ergänzt wird. Aber sie finden nur schwer Personal und greifen daher zunehmend auf Studenten zurück, die für das Funktionieren und die Entwicklung des Sektors unverzichtbar geworden sind.

Daher versuchen Arbeitgeberorganisationen, die Kosten für Studentenarbeit noch weiter zu drücken. Bei den letzten Verhandlungen erreichten sie eine vorübergehende (für ein Jahr geltende) Lohnkürzung um 10 % für 18- bis 20-Jährige, deren Lohn zuvor bei 100 % lag.

Sie rechtfertigen dies damit, dass Studenten kaum Sozialabgaben zahlen und deshalb manchmal mehr verdienen als Festangestellte, was eine Form der Diskriminierung darstellt. Die Arbeitgeber wollen erneut Druck machen, doch für die CSC ist das eine rote Linie. Laut der Gewerkschaft besteht die Lösung darin, den Studenten soziale Ansprüche aufgrund regulärer Sozialbeiträge zu gewähren (was zwar den Nettolohn senkt, aber z.B. Rentenansprüche schafft) oder alternativ die Löhne der Festangestellten zu erhöhen. Aber keinesfalls, indem die Löhne der Studenten gesenkt werden.

Die Arbeitgeber wissen, dass die Bedingungen im Sektor (niedrige Löhne, flexible Arbeitszeiten, Abend- und Wochenendarbeit, unterbrochener Dienst) die Anwerbung regulärer Arbeitskräfte erschweren. Deshalb stellen sie Studenten ein. Aber einige Arbeitgeber haben erkannt, dass sie ihre Festangestellten besser behandeln müssen, um sie zu halten – etwa indem sie ihnen Abende und Wochenenden freigeben. Diese Anpassung ist notwendig, um ein erfahrenes Team zu erhalten und nicht ausschließlich von Studenten abzuhängen.“

Lüttich: Wenn Statuen den weiblichen Widerstand feiern

Im Vorfeld des Weltfrauentages am 8. März haben die Frauen der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien im Zentrum von Lüttich acht Statuen, die eine bedeutende weibliche Persönlichkeit darstellen, mit Schärpen geschmückt.

„Es geht darum, diesen Frauen wieder Sichtbarkeit und Anerkennung zu geben. Es handelt sich um Frauen, deren Beiträge die Geschichte geprägt haben und die auch heute noch inspirieren“, erklärt Catherine Deloo, Frauenbeauftragte der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien (CSC LVO).

Die Aktion verstand sich auch als klare politische Botschaft. Vor dem Hintergrund zunehmender antifeministischer Diskurse und der Infragestellung zahlreicher Errungenschaften prangern die Organisatorinnen dieses Phänomen des „Backlash“ an – also jene Rückwärtsbewegungen, die auftreten, wenn der Fortschritt in Richtung Gleichstellung einigen zu schnell geht. „Dieses Phänomen ist leider höchst aktuell. Die Angriffe auf Frauen nehmen immer weiter zu. Frauen sind durch die verschiedenen Maßnahmen der Arizona-Regierung besonders betroffen“, sagt Isabelle Debroux, Bezirkssekretärin der CSC LVO.

„Den weiblichen Widerstand - ob vergangen oder gegenwärtig - zu feiern, bedeutet, all jene zu ehren, die gestern gekämpft haben, und all jene, die auch heute weiterkämpfen, manchmal unter Lebensgefahr“, betont Catherine Deloo. „Es bedeutet, an etwas Einfaches und Wesentliches zu erinnern: Wenn Frauen stehen bleiben, bleibt die Welt stehen.“



WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG

Die CNE, die Angestelltenzentrale der CSC, sucht unbefristet in Halbezeit einen

Mitgliederbetreuer (m/w/d) für das Sekretariat Eupen

Ihr Profil

- Hochschulabschluss (Sekretariat, Geistes- oder Sozialwissenschaften) oder gleichwertige Erfahrung
- Fließend Deutsch und Französisch (in Wort und Schrift)
- Sie arbeiten strukturiert, sorgfältig und selbstständig und überzeugen durch Ihre serviceorientierte, kontaktfreudige und diskrete Art.

INTERESSIERT?

Senden Sie Ihre Bewerbung bis zum 7. April (12 Uhr) an:
gpcc.cne@acv-csc.be

 Vollständige
Anzeige

